

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 68 848 pbbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Robert Antretter MdB zu
Helmut Kohls Wahlkampf in
Deutschland: Außenpolitik
als innenpolitischer Macht-
knüppel.

Seite 1

Renate Schmidt MdB zum
Internationalen Frauentag:
Frauenrechte in Ost und
West erhalten und ausbauen.

Seite 3

Hans Eichel zum 100. Ge-
burtstag von Oswald von
Nell-Breuning: Die Diskus-
sion um die soziale Verant-
wortung führen.

Seite 4

Wolfgang Roth MdB zur
Notwendigkeit einer Wäh-
rungsunion, die unsere Mit-
verantwortung erzwingt: So-
lidarpakt mit der DDR.

Seite 5

45. Jahrgang / 46

7. März 1990

Außenpolitik als innenpolitischer Machtknüppel

Zu Helmut Kohls Wahlkampf in Deutschland

Von Robert Antretter MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion in der Parlamen-
tarischen Versammlung des Europarats

Mit den freien Wahlen zur Volkskammer am 18. März hat die Revolution in der DDR ihren Höhepunkt. Nicht weniger als 47 Parteien bemühen sich um Zulassung zu dieser Wahl. Wie sich die neue DDR-Regierung zusammensetzen wird, ist heute schwer zu prognostizieren. Klar aber ist ihr schwieriger Arbeitsauftrag. Erstmals mit einer echten demokratischen Legitimation ausgestattet, muß diese DDR-Regierung unter hohem Erwartungs- und Handlungsdruck versuchen, die politische Revolution zu einer wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung des Landes weiterzuentwickeln. Sie muß dabei auf dem Weg zur deutschen Einheit vorankommen, ohne die eigene Würde und die Achtung des DDR-Volks preiszugeben. Kann Sie aber auf Verständnis und Kooperationsbereitschaft in Bonn hoffen?

Bundeskanzler Helmut Kohl jedenfalls, das hat schon Ministerpräsident Modrow erfahren müssen, ist keineswegs der rücksichtsvolle und sensible Partner, den die ostdeutschen Landsleute brauchen werden. Ganz im Gegenteil: Wenn es für die hektische Zuspitzung der deutsch-deutschen Beziehungen gegenwärtig drei Triebkräfte gibt, dann gewiß die Wohlstandssehnsucht des DDR-Volks und der Vertrauensverlust in die eigene Wirtschaft, dann die ökonomischen Expansionsinteressen von westlichem Privatkapital, Eroberungsabsichten multinationaler Konzerne - vor allem aber ist es das persönliche Streben des Helmut Kohl, jetzt oder nie den Platz in der Geschichte zu bestimmen. Geht es Industrieunternehmen um den Gewinn von neuen Märkten bei qualifizierten Arbeitskräften und niedrigem Lohnniveau, so will sich Kohl rasch zum „Kanzler aller Deutschen“ im einigen Vaterland küren lassen. Er nutzt daher die Gunst der Stunde mit spektakulären Auftritten, nicht zuletzt um Wählerstimmen zu sammeln für sich und die seinen. Die „Gnade der späten Geburt“ erweist sich immer dann als Vorteil, wenn es gilt, historische Skrupel und internationale Bedenken wegzuräumen, um wahlegoistische Interessen massiv durchzusetzen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermindert Umweltschaden
mit dem kleinen Rohstoff
Recycling-Papier



Für Kohl ist unter dem Aspekt der Bundestagswahl 1990 die deutsche Frage zum zentralen Feld der außen- und innenpolitischen Auseinandersetzung geworden. Nach einer deprimierenden Serie von Wahlniederlagen für die CDU in den letzten Jahren „besetzt“ nun der Kanzler die Deutschlandpolitik als Wahlkampfthema. Ob jeweils der Chef der Bundesregierung oder der CDU-Vorsitzende spricht und handelt - danach zu fragen, scheint fast überflüssig. Kohl muß mit seiner Partei die nächste Wahl gewinnen, damit er bleiben kann, was er immer werden wollte: nämlich Bundeskanzler.

Schon jetzt wird der 18. März zur „Schicksalswahl für Deutschland“ erklärt, der Prozeß zur Einheit auf die Option eines schnellen Anschlusses ans Grundgesetz verkürzt, die Geschichte geradezu mit Gewalt beschleunigt. Sollten sich Kohls Träume verdichten, dann steht wohl auch der 2. Dezember als Termin für die Bundestagswahl noch einmal zur Disposition. Möglicherweise könnten ja schon im Februar 1991 die ersten gesamtdeutschen Wahlen stattfinden - eine weitere Machtperspektive für Kohl.

Gegenüber solcher Anschlußdynamik des amtierenden Kanzlers ist die Berliner Erklärung der SPD ein bemerkenswert vernünftiges Papier. Im Dezember 1989 war es eine gute Standortbestimmung zur Deutschlandpolitik. Die Orientierung auf die deutsche Konföderation gilt, eingebettet in den abrüstungspolitischen Prozeß zur Überwindung der Militärblocke und zur europäischen Friedensordnung. Aber die Ereignisse verändern sich schnell. Und eine gemeinsame Außenpolitik, zusammen mit der Opposition, einen nationalen Konsens am Runden Tisch, das hat Kohl mit Blick auf die Wahltaktik stets abgelehnt. So belohnt die Bundesregierung nach wie vor das Übersiedeln in die Bundesrepublik Deutschland. Ein wirksames Soforthilfeprogramm, das wir immer gefordert haben, um das Bleiben in der DDR zu belohnen, ist stets abgelehnt worden. Die bedingungslose wirtschaftliche Kapitulation der DDR soll erreicht werden.

Zugleich macht Kohl mit seiner DM-Politik ein glänzendes Geschäft mit Wählerstimmen. Durchaus seriöse Umfragen beziffern das CDU-Potential beim Zustrom der Aus- und Übersiedler mit 70 Prozent. Diesen konservativen Wählerzuwachs jetzt zu stoppen, kann nicht opportun sein. Ebensovienig scheint es opportun, den Eiertanz um die Anerkennung der polnischen Westgrenze definitiv zu beenden. Kohl braucht besonders die Stimmen der Vertriebenen, wenn er das Potential von CDU/CSU am rechten Rand des politischen Spektrums voll ausschöpfen und nicht den rechtsextremen Parteien überlassen will. Da hält er gern an historisch überholten „Rechtslagen“ fest, ja er sattelt sogar drauf, indem er ausgerechnet gegenüber Polen die Reparationsfrage wieder ins Spiel bringt.

Die persönliche Machtbehauptung treibt Kohl um. Mit welcher Mühe und Hartnäckigkeit er sein konservatives Bündnis für die Volkskammerwahl - gleich zweimal ist er dafür extra nach Berlin gekommen - gebastelt hat, bis er schließlich die „Allianz für Deutschland“ gegründet hatte, auch das war ein machtpolitisches Schulbeispiel. Die Tat des CDU-Vorsitzenden, nicht die eines Staatsmannes. Daß auch noch Deutsche Soziale Union, Demokratischer Aufbruch und die ehemalige Blockpartei CDU (Ost) ihr gemeinsames Programm der staunenden Öffentlichkeit in Bonn präsentierten zusammen mit dem Bundeskanzler war natürlich dankbar schlechter Stil.

Kein Wunder also, wenn sich das Ausland immer stärker irritiert zeigt und nun auch die FDP (Hamm-Brücher: „außenpolitischer Scharbenhaufen“) mit der Koalitionsfrage zu drohen beginnt. Sowohl die Sowjetunion - hier hat Kohl Gorbatschows angeblichen Freibrief der deutschen Frage längst überreizt - als auch die USA äußern sich zunehmend besorgt über Tempo und Maßlosigkeit des nationalen Alleingangs des Bundeskanzlers. Mit painlicher Bewunderung sprechen zwar die Briten von der politischen Durchsetzungsfähigkeit des „German Bulldozer“; aber besonders die Franzosen sind verärgert wegen der plötzlichen Nachrangigkeit jeder Europa-Politik. Schon beim Zehn-Punkte-Programm Kohls war ja Mitterrand übergangen worden. Wenn jetzt der französische Außenminister Dumas Kohls Semantik um die Oder-Neiße-Grenze als „politisch unklug“ kritisiert hat, dann ist auch dies ein ungewöhnlicher Vorgang, eine Ohrfeige in der Sprache internationaler Diplomatie.

Wie Kohl die sensible Außenpolitik der Bundesrepublik zum innenpolitischen Machtknüppel umfunktioniert, wie er sich als unfähig erweist, in der deutschen Frage einen nationalen Konsens herbeizuführen - dies sind Gründe, um sich für den 18. März einen Sieg der Vernunft zu wünschen, also einen Erfolg der SPD (DDR). Dies wäre zugleich ein Signal für die notwendige Kurskorrektur der Bonner Politik.

(-/7.3.1990/rs/ks)

Frauenrechte in Ost und West erhalten und ausbauen**Zum Internationalen Frauentag**

Von Renate Schmidt MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung von Frau und Mann

Am 8. März begehen die Frauen zum 79. Mal den Internationalen Frauentag. In der Zeit des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten ist dieser Tag Anlaß, nicht nur in der Bundesrepublik darauf hinzuweisen, daß Gleichheit von Frauen und Männern auch im Jahre 1990 genau wie vor 79 Jahren ein nicht erreichtes Ziel ist, sondern auch darauf, daß von Frauen durchgesetzte Rechte in beiden deutschen Staaten erhalten werden müssen.

Die Zeche für die deutsche Einheit darf nicht von den Frauen getragen werden. Es gilt, beim Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten die Chance zu ergreifen, positive Errungenschaften aus beiden Staaten zusammenzuführen. Und es gilt zu verhindern, daß die Risiken, die mit der deutschen Einheit verbunden sind, auf dem Rücken der Frauen (in der DDR und der Bundesrepublik) ausge tragen werden. Die Frauenorganisationen in der DDR fürchten nicht zu Unrecht, daß eine Wirtschafts- und Währungsunion vor allem zu Lasten der Frauen geht - eine höhere Frauenerwerbslosigkeit in der DDR könnte die Folge sein.

Die Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen in der DDR dürfen nicht verschlechtert werden. Hier gilt es mit realistischen Konzepten gegenzusteuern und positive Errungenschaften in der DDR auch auf die Bundesrepublik zu übertragen. Als Beispiele seien genannt:

- 0 Die Mütterunterstützung in der DDR (vergleichbar dem Erziehungsgeld und -urlaub in der Bundesrepublik) wird in Höhe von 90 Prozent des letzten Nettogehaltes für ein Jahr gezahlt. Ab dem dritten Monat verlängert sich dieser Anspruch auf 18 Monate, wenn kein Krippenplatz vorhanden ist sogar auf drei Jahre - dies zeigt, daß die von der SPD für die Bundesrepublik geforderte dreijährige Arbeitsplatzgarantie eine Mindestvoraussetzung ist.
- 0 Der Betreuungsurlaub für erkrankte Kinder (vor allem von Alleinerziehenden) beträgt in der DDR vier Wochen bei einem Kind und verlängert sich um jeweils zwei Wochen für jedes weitere Kind - eine beispielhafte Regelung auch für die Bundesrepublik. Vor diesem Hintergrund nimmt sich die Forderung der SPD nach einer Verdoppelung des bisherigen Anspruches in der Bundesrepublik als Mindestbedingung aus.
- 0 Auch wenn die pädagogischen Mängel in den Kinderkrippen, -horten und -gärten der DDR berechtigterweise kritisiert werden und hier Abhilfe geschaffen werden muß, so bildet doch die Versorgungsdichte mit zum Beispiel 94 Prozent bei Kindergartenplätzen eine der Grundvoraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle drei- bis sechsjährigen Kinder in der Bundesrepublik ist deshalb als erster Schritt unentbehrlich.
- 0 Während in der Bundesrepublik von seiten konservativer Kräfte eine Verschärfung des Paragraphen 218 angestrebt wird (Normenkontrollklage des Landes Bayern beim Bundesverfassungsgericht) und auch das sogenannte Beratungsgesetz zum Paragraphen 218 immer noch nicht zu den Akten gelegt ist, gilt in der DDR eine Fristenlösung. Es ist unvorstellbar, daß eine Regelung unserer Art von den betroffenen Frauen in der DDR akzeptiert wird. Tiefgreifende Konflikte werden die Folge sein.

Dies sind nur einige Beispiele, die deutlich machen, daß auch im frauenpolitischen Bereich die Chancen ergriffen werden müssen, die sich durch den Einigungsprozeß der beiden deutschen Staaten ergeben.

In der Bundesrepublik und in der DDR ist die Gleichheit von Frau und Mann noch lange nicht gesellschaftliche Wirklichkeit.

Wir Sozialdemokratinnen in Ost und West werden uns dafür einsetzen, Erreichtes zu erhalten und die Bedingungen für tatsächliche Gleichstellung zu verbessern. Die in der SPD in beiden deutschen Staaten beschlossene Quote ist Gewähr dafür, daß uns das auch gelingen kann.

(-/7.3.1990/rs/ks)

Die Diskussion um die soziale Verantwortung führen

Zum 100. Geburtstag von Oswald von Nell-Breuning

Von Hans Eichel
Landesvorsitzender der SPD-Hessen

Das Werk Oswald von Nell-Breunings, der am 8. März 1990 einhundert Jahre alt wird, ist ungebrochen aktuell, ja, es bekommt durch die Veränderungen im deutsch-deutschen wie im gesamten Ost-West-Verhältnis eine zusätzliche Dimension.

An den kritischen Anregungen, den Ratschlägen, den präzisen Reflexionen und durchdachten Forderungen des katholischen Sozialethikers zu grundsätzlichen Fragen der Gesellschaft kommt eine vernünftige Politik nicht vorbei. Sie kann daraus durchaus Leitlinien für ein gleichermaßen theoretisch abgesichertes wie pragmatisches Handeln entwickeln.

So muß die Diskussion um die von Oswald von Nell-Breuning geforderte „soziale Verantwortung“ gerade jetzt intensiv geführt werden, wo beide deutsche Staaten zusammenwachsen.

Fragen des „Eigentums an Grund und Boden“, nach dem „Grundrecht auf Wohnung“, nach dem „Recht der Arbeit“, nach einer „echten Mitbestimmung“, nach Staatsstrukturen und Staatszielen finden bei Oswald von Nell-Breuning wegweisende Antworten. Diese und andere Fragen sind zugleich Problemkreise, die es zielgerichtet zu bearbeiten gilt, und zwar nicht nur für die DDR, sondern für die DDR und die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam.

Das Werk Oswald von Nell-Breunings kann bei der Diskussion um den Aufbau eines gemeinsamen deutschen Staates in einem sich einigenden Europa sehr hilfreich sein.

(-/7.3.1990/rs/ks)

* * *

Solidarpakt mit der DDR

Zur Notwendigkeit einer Währungsunion, die unsere Mitverantwortung erzwingt

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Ein schmutziger, durch die CDU/CSU der Bundesrepublik zu verantwortender Wahlkampf verdüstert die letzten Tage vor der Wahl zu einem neuen, demokratischen Parlament der DDR. Verleumdungskampagnen gegen führende Vertreter der SPD der DDR, vor allem gegen ihren Vorsitzenden Ibrahim Böhme, zeigen: die Konservativen und Reaktionäre sind verunsichert. Dies ist der Grund für diesen Wahlkampfstil. Stoßrichtung ist: Die SPD der DDR in die Nähe der SED zu rücken und zu suggerieren, nur Konservative könnten das große Geld in die DDR locken. Was in den Giftküchen der Parteizentralen von CDU und CSU fabriziert wird, ist freilich das Gegenteil dessen, was derzeit nötig ist.

Nötig ist ein Solidarpakt zwischen den beiden noch bestehenden deutschen Staaten. Vielleicht haben wir den Begriff Solidarpakt in den vergangenen Jahren zu inflationär genutzt; aber wenn er je berechtigt war, dann jetzt. Der Grund: Werden eine Wirtschafts-, Währungs- und eine Sozialunion mit der DDR vereinbart, so nimmt uns dies in die Mitverantwortung. Und die Mitverantwortung war für uns Sozialdemokraten immer der Kern der Solidarität.

Ziel eines solchen Solidarpaktes ist nicht allein, der DDR zu einer effizient arbeitenden Wettbewerbswirtschaft zu verhelfen. Übertrendendes ethisches Ziel ist es, der sozialen Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen. Daher hat Oskar Lafontaine mit seiner Kampagne für soziale Gerechtigkeit in beiden deutschen Staaten den Punkt getroffen; auch den wunden Punkt der Konservativen, denn für die ist die soziale Gerechtigkeit immer eine zweitrangige Frage gewesen, ein Nebenprodukt. Wir haben eine solidarische Hilfe von Anfang an erstrebt.

Die Sozialdemokraten haben rasch nach der politischen Revolution im November des vergangenen Jahres mannigfache Anstöße gegeben. Zusammen mit den Freunden aus der späteren SPD der DDR haben sie den Katalog der fundamental notwendigen Reformen in der DDR umrissen. Dann haben wir als erste präzise Überlegungen vorgelegt, wie im Falle einer Umwandlung der zentralen Planwirtschaft der DDR in eine Marktwirtschaft die Geldvermögen der Menschen drüben wertgeschützt gehalten werden könnten. Und ich bleibe dabei: Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit muß nach einer Währungsunion das Bargeld 1 : 1 umgetauscht werden können. Geld auf Konten sollte in eine Bundesbankleihe eingebracht werden. Wer dieses Geld unbedingt braucht, soll seine Anleihe verkaufen können. Das ist sozial gerecht und birgt keine inflationären Gefahren.

Später wurden von den Sozialdemokraten dezidierte Vorschläge ausgearbeitet, wie dem Drang nach Gründung von Unternehmen in der DDR mit bundesdeutscher Hilfe Nachdruck verliehen werden könnte. Defizitfelder und Engpaßfaktoren in der DDR wurden beschrieben und es wurde präzise durchgearbeitet, ob unser bundesdeutsches Instrumentarium der Förderung auf Probleme der DDR angewandt werden könnte. Wir verfügen über ein stimmiges Programm zur Modernisierung der DDR-Infrastruktur.

Rasch war klar, daß die Menschen in der DDR nach Besitz der harten deutschen Mark streben. Die Sozialdemokraten haben als erste den Vorschlag einer Währungsunion unterbreitet; auch weil sicher ist, daß nach der Übernahme der DM sich die Läden in der DDR ganz rasch mit begehrten, nötigen, qualitativ hochwertigen Waren füllen würden.

Die Diskussion über die Abfolge von Währungsunion, Wirtschaftsunion und Sozialunion, die Festlegung von Zeiten, war schwierig und hat der SPD der Bundesrepublik intensive Erörterungen abverlangt. Heute wissen wir, daß die rasche Vereinbarung einer Währungsunion eine Reihe fundamentaler Veränderungen in der DDR nötig macht. Dazu gehören Gewerbefreiheit, Preisreformen, Eigentumsreformen und anderes.

Der Vorsitzende der SPD der DDR, Ibrahim Böhma, hat noch am vergangenen Wochenende auf einem Wirtschaftskongreß in Potsdam versichert, daß es möglich sein werde, fundamentale Reformen in der DDR-Wirtschaft nach dem 18. März durchzuführen und eine Währungsunion noch im Sommer ins Auge zu fassen.

Später haben wir uns daran gemacht, die massiven Hilfen aufzulisten, die eine neue Regierung braucht, um Handlungsfähigkeit zu beweisen. Es wurde ein umfassendes Konzept der Umschulung und Qualifizierung erarbeitet, das, in eine aktive Beschäftigungspolitik eingebettet, helfen wird, Verwerfungen in der Folge einer Währungsunion aufzufangen. Vor allem muß der Strukturwandel angestoßen werden.

Die Sozialdemokraten stehen in intensiven Gesprächen mit ihrer Schwesterpartei in der DDR, um aufzuarbeiten, was umweltpolitisch notwendig ist. Auch energiepolitische Reformen wurden abgesteckt. Schließlich wurden die Konturen einer Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR bestimmt. Insgesamt können die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik stolz darauf sein, in so kurzer Zeit und in so umfassender Weise die Problemlagen der DDR aufgegriffen und in konkrete Vorschläge umgesetzt zu haben.

Dies erleichtert die nun wieder einsetzenden Arbeiten an dem Fortschritt 90-Konzept der SPD. Ich bin gewiß, daß der Gedanke des Solidarpaktes in diese Arbeit einfließen und sie auch befruchten wird.

Nicht die innerparteiliche Diskussion über die Abfolge von Reformmaßnahmen in der DDR war hinderlich; behindert hat uns, daß die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sich aus diesem großen Diskussionsprozeß ausgeklinkt haben.

Zu lesen war beispielsweise vom wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die DDR habe bei der Ausstattung mit Personenkraftwagen einen riesigen Rückstand gegenüber der Bundesrepublik. Sollen denn die Menschen in der DDR so motorisiert werden wie wir?

Zu lesen und zu hören war, daß sich der CDU-Politiker Elmar Pieroth am liebsten selber zum Wirtschaftsminister der DDR kühlen möchte. Welche Anmaßung. So besonnene und sachverständige Stimmen wie die von Professor Kurt Biedenkopf gehen in dem schwarzen Spektakel der letzten Wochen praktisch unter.

Pieroth sieht ein Wirtschafts- und Beschäftigungswunder in der DDR heraufziehen. Sein Parteifreund Teltschik, der Kanzlerberater, meint, die DDR stünde vor Chaos und Ruin. Beides zusammen geht so wohl nicht.

Zu fürchten ist überhaupt, daß Investoren zögern, weil die Bundesregierung und Vertreter der sie tragenden Parteien aus Unkenntnis oder Effekthascherei falsche Eindrücke der DDR vermitteln. Gewiß hat des Kanzlers unverantwortliches Spiel mit der deutschen Ostgrenze mögliche Schritte in Richtung Modernisierung im RW-Bereich schon verzögert. Und daß die von der Bundesregierung geförderte politische Unsicherheit zinstreibend gewirkt hat, pfeifen die Spatzen von den Banken-Giebeln.

Erst nach den Wahlen am 18. März wird vielen Menschen in der DDR aufgehen, was ihnen von Regierungsseite und von Konservativen während der vorausgegangenen Wochen zugemutet worden ist. Es wird also an uns liegen, den Gedanken und den Inhalt eines Solidarpaktes wachzuhalten. Er ist im übrigen der einzige Weg, die Menschen dazu zu bewegen, auf die Notrutsche der Übersiedlung in die Bundesrepublik zu verzichten.

(-/7.3.1990/rs/ks)